Heute „Haus Hof Garten“ * „Jede Woche Musik“

Morgen-Ausgabe

Mit „Haus Hof Garten“ und „Jede Woche Musik“ 20 Pfg.

Erscheint wöchentlich zudem: Illustrierte Gratis-Wochenbeilagen: „Der Weltspiegel“, „Modenspiegel“ mit „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „Sportspiegel“, „U.T.A.“, „Haus Hof Garten“ mit „Jugendspiegel“, „Jede Woche Musik“. Bezugspreis: wöchentl. 1.25, monatl. 5.50 R.M einschl. Zustellung durch die Zeitungsfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5.50 R.M monatl. exkl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Ausland-Bezug durch d. Hauptexped. u. die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, d. Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, England; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 und den bestehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 3440—3463, für den Fernverkehr: 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla“, Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 224. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1.20 R.M. Die Aufnahme von Anzeigen zu bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 83; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Mathenower Straße 5; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 288 und 346; Müllerstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Lauenzienstr. 2; Kantstraße 34; Scharnhorstr. 36; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee: Grunewald: Hektorstenplatz; Lichterfelde: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Reinickendorf: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 25/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 58; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 31/32; Chemnitz: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschlesiewerder: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 3.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 501
Ausgabe für Berlin

55. Jahrgang
Sonnabend, 23. Oktober 1926

Hoeschs Unterredung mit Briand.

Die neuen Verhandlungen über Thoiry.

Kritische Haltung der Pariser Rechtspresse.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 22. Oktober.

Ueber den Besuch, den, wie gemeldet, Botschafter v. Hoesch heute mittag dem Außenminister Briand abstattete, veröffentlicht die deutsche Botschaft folgende Mitteilung: „Der deutsche Botschafter Dr. v. Hoesch hatte heute mittag eine Unterredung mit dem Außenminister Briand. Die Unterredung bedeutet die erste Fühlungnahme des Botschafters mit dem Außenminister nach seiner Rückkehr. Es wurden dabei **in großen Zügen die durch die Unterredung von Thoiry aufgeworfenen Probleme berührt.** Briand reist heute nachmittag auf drei bis vier Tage aufs Land. Nach seiner Rückkehr, d. h. in der zweiten Hälfte der nächsten Woche, soll eine weitere Unterredung des Botschafters v. Hoesch mit Briand stattfinden.“

Wie der „Temps“ dazu mitteilt, war die Unterredung nur von kurzer Dauer. Herr v. Hoesch soll, wie bereits gestern in seiner Unterredung mit Berthelot, den Wunsch der deutschen Regierung und der politischen Kreise zum Ausdruck gebracht haben, daß die in Thoiry eingeleiteten Verhandlungen über eine deutsch-französische Wiederannäherung zu einem Ergebnis führen. Aber der deutsche Botschafter bringe keinen präzisen Vorschlag mit. Die heute vom „Petit Parisien“ zu der gestrigen Unterredung v. Hoeschs mit Berthelot gebrachte Mitteilung, daß auch über die angebliche Rückkehr des Exkaisers nach Deutschland gesprochen worden sei und daß die deutsche Regierung die formelle Versicherung abgeben wolle, daß sie die Rückkehr des Kaisers weder zulassen noch dulden würde, wird vom französischen Außenministerium nicht bestätigt.

Im Leitartikel schreibt der „Temps“ zu der heutigen Unterredung: „Wenn man die Dinge aus der Nähe betrachtet, scheint es, daß die heutige Unterhaltung des deutschen Botschafters mit dem französischen Außenminister ebenso wie die Unterredung in Thoiry selbst **nur einen ganz allgemeinen Charakter** gehabt haben muß; denn die Stunde ist, wie wir glauben, noch nicht gekommen, um positive Verhandlungen über genaue Formeln praktisch zu beginnen.“ Der „Temps“ sagt dann, Deutschland sei bei dieser Angelegenheit der fordernde Teil, und daher müsse auch Deutschland feste Vorschläge machen, die Frankreich vom politischen und technischen Standpunkt aus prüfen und über die im Einverständnis mit den Alliierten ein Beschluß gefaßt werden muß. Die Reichsregierung sei lebhaft daran interessiert, so bald wie möglich beachtenswerte Ergebnisse zu erlangen, denn die Karriere Stresemanns in der Wilhelmstraße würde beendet sein, und die republikanische deutsche Regierung würde eine nicht wieder gut zu machende Niederlage erleiden, wenn diese Politik zu keinem Ergebnis führt. Ueber die Ansichten der Politik von Locarno, Genf und Thoiry werde man sich also erst aussprechen können, wenn der wirkliche Wert der deutschen Vorschläge bekannt ist. Niemand habe ein Interesse daran, eine Angelegenheit von solcher Bedeutung zu überstürzen. Auf jeden Fall seien zwei Stadien bei diesem Unternehmen zu unterscheiden: das der politischen Besprechungen, die dazu bestimmt seien, eine günstige Atmosphäre zu schaffen und das Terrain freizulegen, und das der technischen Studien, die bei weitem die wichtigeren sind. Gegenwärtig befinde man sich am Anfang des ersten Stadiums, das heißt, bei den politischen Besprechungen von ganz allgemeinem Charakter. Wenn man diese überstürzen wollte, würde man Gefahr laufen, alles in Frage zu stellen, und zwar um so mehr, als noch keineswegs feststehe, daß die Geister jenseits des Rheins schon genügend darauf vorbereitet sind, die Dinge in ihrer wahren Bedeutung zu betrachten. Zu ähnlichen Schlußfolgerungen wie der „Temps“ gelangt auch Gauvain im „Journal des Débats“. Gauvain schließt aus den Andeutungen der Morgenpresse, daß der deutsche Botschafter im französischen Außenministerium zu verstehen gegeben habe, es wäre richtig, die Besprechung der in Thoiry gestellten Fragen nicht zu sehr zu beschleunigen. Weiter will Gauvain eine Abkühlung bei den eifrigsten Verteidigern von Thoiry bemerken. Gauvain wirft Briand vor, daß er seine Politik nicht nach einem genau vorgezeichneten Plan verfolge, sondern nach seiner Art zu viel dem Spiel der Umstände überlasse. Man müsse wissen, um was es bei den deutsch-französischen Verhandlungen geht: ob um eine volle Wiederversöhnung, oder um eine Annäherung oder bloß um die Herstellung normaler Beziehungen. Diese drei Dinge schlössen einander zwar nicht aus, aber sie stellten drei Etappen dar, wenn man eine völlige Annäherung herbeiführen wolle. Diese ist aber nach Gauvain jetzt noch nicht möglich. Die Haltung der deutschen Presse u. a. zu letzten Bemerkungen der Botschafterkonferenz zeige, daß das als Grundlage zu einer völligen Versöhnung notwendige Vertrauen fehle. „Eine Annäherung an Deutschland“, so schließt Gauvain, „kann nur in Etappen mit Anwendung von Vorsichtsmaßregeln und von Klugheit durchgeführt werden.

Bainville in der „Liberté“ meint, die gefährlichste Frage sei die territoriale. Die Deutschen würden sich keinesfalls mit der gegenwärtigen Landkarte von Europa abfinden. Sie hätten nicht einmal die Hoffnung auf Eupen und Malmedy aufgegeben, um wieviel weniger würden sie zum Beispiel auf die Abschaffung des polnischen Korridors verzichten, die Polen niemals zugeben könne. Bainville meint dann, die Deutschen verlangten für den Anfang die Erlaubnis zur „moralischen Annexion“ von Oesterreich. Dr. Seipel, zu dem man bei den Alliierten Vertrauen habe, scheine ihnen der geeignetste Mann, um den Anschluß Oesterreichs an Deutschland schmerzlos durchzuführen. Weiter wolle v. Hoesch die Räumung des Rheinlandes ohne jede Kompensation verlangen, mit dem Hinweis darauf, daß Deutschland alle dafür im Versailler Vertrag angegebenen Bedingungen erfüllt habe. Von den Vorteilen, die sich für Frankreich aus Thoiry ergeben sollten, sei heute nicht mehr die Rede. (!)

Botschafterkonferenz und Militärkontrolle.

Englische und französische halbamtliche Erklärungen.

London, 22. Oktober. (Reuter.)

Zu der Meldung, daß die Botschafterkonferenz sich dahin schlüssig geworden sei, daß die deutsche Entwaffnung noch nicht so vollständig sei, daß die Ueberwachung derselben dem Völkerbund übertragen werden könnte, erfährt Reuter, daß diese Frage von der Botschafterkonferenz überhaupt nicht erörtert worden ist. Die Konferenz beschäftigte sich u. a. mit verschiedenen auf die deutsche Entwaffnung bezüglichen laufenden Angelegenheiten, wegen deren sie mit der deutschen Regierung noch einen Schriftwechsel unterhält. Es wird nochmals erklärt, daß der in der Mitteilung angegebene Schritt nicht einmal in Betracht gezogen worden ist.

L Paris, 22. Oktober.

Angesichts der Erregung, die in den Kommentaren der deutschen Presse über die angeblichen Beschlüsse der Botschafterkonferenz zum Ausdruck gekommen ist, wird heute eine halbamtliche Note veröffentlicht, welche die Sachlage darlegen soll. Der Inhalt dieser Note stimmt mit der von uns wiedergegebenen Information des „Petit Parisien“ völlig überein. Sie besagt: „Die Botschafterkonferenz hat dem letzten, der ihr von der Kontrollkommission alle 14 Tage zugehenden Bericht geprüft und festgestellt, daß Deutschland mit Ausnahme des Punktes, der sich auf die Machtbefugnisse des Oberkommandierenden der Reichswehr bezieht, in allen übrigen bekannten Punkten noch nicht sämtlichen Forderungen nachgekommen ist. Es handelt sich besonders um die Kasernierung der Schupo, um den Verkauf von Kriegsmaterial, um die Zeitfreiwilligen, ferner um die Befestigungen von Königsberg. Da also die Konferenz ihre früheren Feststellungen nicht zu ändern brauchte, hatte sie infolgedessen auch **keinen „Beschluß“ gefaßt.** Es ist **Sache der interalliierten Militärkontrollkommission, ihre Arbeit fortzusetzen** und den deutschen Behörden, mit denen sie in Verbindung steht, ihre Beobachtungen über die Verfehlungen mitzuteilen, die bei der Ausführung der militärischen Klauseln des Friedensvertrages festgestellt werden.“

Attentat gegen den Kommissar von Syrien?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

∞ **Jerusalem,** 22. Oktober.

Nach Meldungen aus Beirut geht dort das Gerücht, daß auf den neuen französischen Oberkommissar von Syrien, Ponsot, bei einem Besuch in Damaskus Schüsse abgegeben worden seien. Die französischen Behörden dementierten diese Behauptung und baten die syrische Presse, nichts darüber zu melden. Ein zweites Gerücht besagt, daß einige Leute am Platze, wo die Schüsse gehört wurden, verhaftet worden seien. Der Oberkommissar sei unverletzt.

Der Prozeß Maurras.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 22. Oktober.

In dem Prozeß gegen den Direktor der „Action Française“, Maurras, der seit gestern in der Berufungsinstanz verhandelt wird, ist die Entscheidung heute noch nicht gefallen. In der Vormittagssitzung legte Maurras selbst die Beweggründe dar, die ihn dazu veranlaßt hatten, seinen offenen Brief gegen den damaligen Innenminister Schramek in der „Action Française“ zu veröffentlichen. Der Vertreter der Anklage beantragte die Verwerfung der Berufung. Nachdem der Verteidiger des Angeklagten sein Plaidoyer gehalten hatte, das die Freisprechung des Angeklagten verlangte, wurde die Urteilsverkündung auf nächste Woche verschoben.

Um Olive und Anker.

Monarchie und Republik. — Der griechische Wahlkampf. Wer wird siegen? — Schrei nach Rache. — „Regulator“ Kondylis. — Royalistenputsch?

Von unserem Sonderkorrespondenten

Theodor Berkes.

T Athen, im Oktober.

Im Wahlkampf 1920 trugen die Venizelisten zum Zeichen ihrer königsfeindlichen Haltung den Anker, und die Monarchisten demonstrierten mit dem Olivenblatt. Heißer und heißer gestaltete sich damals der Kampf, und aus dem Olivenblatte war der Olivenzweig geworden. Am Tage aber der Wahlen selbst, der den von der Entente vertriebenen König nach Griechenland wieder zurückrufen sollte, hatten die Monarchisten gar ganze Olivenbäume aus der Erde gerissen, und sie waren damit manifestierend durch Stadt und Land gezogen.

Nun ist es also wieder einmal so weit in Griechenland. Am 7. November werden die neuen Wahlen steigen, und man wird dann wiederum mit den Symbolen des Ankers und der Olive um die alte Frage von Republik und Monarchie streiten.

Nach Revolutionen, Morden, Militärputschen, Diktaturen, blutigen Straßenkämpfen klangen den Griechen Kondylis', des Condottieres, Worte von der Volkssouveränität zu schön, um wahr zu sein. Man war pessimistisch geworden in Griechenland und vertraute dem zweierlei Tuch nicht allzusehr. Aber dieser Militär zeigte sich bald besser als sein Ruf, und als die Skeptiker unter den Berufspolitikern der beiden Lager, den Venizelisten und Monarchisten, ihn gleichermaßen scharf angriffen und behaupteten, daß auch er, wie das in Griechenland ja auch gar nicht anders sein könnte, doch nur an sich selbst dächte, löste er kurzerhand seine Partei auf und erklärte sich als unpolitisch. Der Respekt vor Kondylis begann zu wachsen.

Unter dem starken Schutz und Schirm dieses Generals gehört das politische Kampffeld Griechenlands nunmehr anscheinend ausschließlich den Politikern. Der Wahlkampf kann beginnen, und die Musik spielt schon auf. Zwei politische Musikkapellen spielen in scharfen Disharmonien gegeneinander und auch unter sich. Links die Venizelisten. Sind sie einig unter sich? Seit Venizelos, unsanft von seinen eigenen Leuten gezwungen, im Anfang des Jahres 1923 Griechenland wieder einmal verlassen hatte, war es vorbei gewesen mit der venizelistischen Einigkeit. Zersplittert hatte sich, was vom alten Kreter geschaffen worden war. Zersplittert in viele Fetzen. Griechenlands altklassischer Protagonismus hatte sich elementar neuklassisch ausgewirkt. Den Protagonismus noch steigernd, fuhr dann eines Tages Pangalos zwischen dieses arbeitsunfähige Durcheinander und jagte es auseinander. Und noch größer wurde jetzt, unter der Diktatur, die Anarchie. Heute sitzt von diesen Protagonisten Pangalos im Gefängnis, Kondylis hat als Parteiführer abgedankt, Gonatas und Sophulis sind zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, Bleiben Kaphandaris, Mihalakopulos und Papanastasiu, die drei früheren Ministerpräsidenten. Mihalakopulos, der mehr konservative Republikaner, verband sich im Wahlkampfe jetzt mit dem die starke venizelistische Mitte haltenden Kaphandaris. Papanastasiu, der soziale und politische Radikalist, schied, indem er als erster Politiker Griechenlands eine programmatische Partei, und zwar etwa im Sinne der Herriot und Briand schuf, — die sich auf die Arbeiter und die Bauern stützen will, — mehr oder weniger aus dem venizelistischen Lager, dem zuvor der mehr persönlich betonte Gegensatz zu den Antivenizelisten Programm ist, aus. Will man, so kann man also von einer halbwegs einheitlichen Führung der Venizelisten beim November-Wahlkampfe sprechen.

Zur Rechten die Monarchisten. Besser noch gesagt, die Antivenizelisten. Denn ihr Gegensatz zu den Venizelisten liegt heute nicht mehr ausschließlich in der Staatsformfrage. Da Konstantin längst tot ist, wurde inzwischen manches schon historisch, was zwischen 1915 und 1922 noch stark lebendig war. Der Gegensatz ruht vor allem in der Frage der Verantwortlichkeit dafür, was seit 1915 Griechenland an Tragik erlebt. Die Verantwortung also für die Verletzung der griechischen Souveränität durch Fremde 1915, für die schmähliche Vertreibung Konstantins 1917 durch die Entente, für den Krieg und für die Niederlage in Anatolien 1920 bis 1922, für die Gewalttaten von 1917 bis 1919 und 1922 und 1923 in Griechenland gegen die Konstantinisten — und namentlich für die Erschießung der sechs konstantinistischen Minister im Herbst 1922.

Der Rachedurst der Konstantinisten bestimmte seit Ende 1922 die gesamte innere Politik Griechenlands. All die Ministerstürzerei der letzten vier Jahre und die Militärputsche seitens venizelistischer Führer hatten nur den einen Zweck, das eine Ziel: die venizelistische Führerschaft, zuvor die Venizelos, Plastiras, Gonatas, Pangalos, Kondylis, Othoneos, Papanastasiu, und wie sie alle heißen mögen, vor der blutigen Rache der Konstantinisten — die Vergeltung von den Venizelisten selbst auch für den frühzeitigen Tod des fortgejagten